



23. Juni 2020

An die Bundestagsabgeordneten der Wahlkreise  
Aschaffenburg  
Bad Kissingen  
Main Spessart  
Schweinfurt  
Würzburg

### **Offener Brief zur Abstimmung über das „Kohleausstiegsgesetz“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 03.07.2020 haben Sie eine schwerwiegende Entscheidung bei der Abstimmung über das Kohleausstiegsgesetz im Bundestag zu treffen.

Obwohl dieser Gesetzesentwurf im Kern einer notwendigen Forderung der Klimaschutzbewegung entspricht, teilen wir, die Parents For Future Ortsgruppen Haßfurt, Schweinfurt und Würzburg, sowie die Scientists For Future Regionalgruppe Würzburg, die Auffassung und Befürchtungen zahlreicher Umweltverbände und Experten, dass dieses Gesetz keinen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens leisten wird. Im Gegenteil: Wir halten diesen Gesetzesentwurf für einen weiteren, vielleicht den finalen Sargnagel des Klimaabkommens, der dafür sorgen könnte, dass wir eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder endgültig begraben können.

Wir verstehen die Sorgen um Arbeitsplätze in den Kohleregionen, die sicher ein gutes Argument für den aus unserer Sicht viel zu langsamen Ausstieg aus der Kohleverstromung liefern. Niemand möchte seiner Existenzgrundlage beraubt werden. Als gewissenhafte Politikerin dürfen Sie natürlich auch die Sorgen der ArbeiterInnen in den Berg- und Kraftwerken in Ihrer Entscheidungsfindung nicht außen vor lassen.

Aber, und das haben die vergangenen Monate der Corona-Pandemie noch deutlicher gemacht, die Kohleverstromung hat keine Zukunft, sie ist bereits gegenwärtig unrentabel. Dieser Zustand wird sich nicht mehr verbessern. Geben Sie deshalb den Menschen in den betroffenen Regionen eine Perspektive, indem Sie unrentable Subventionen in eine tote Technologie stoppen und die Mittel für den notwendigen Strukturwandel in diesen Regionen investieren. Damit schaffen Sie eine Win-Win-Situation für Mensch und Umwelt, in Gegenwart und Zukunft.

Obwohl wir dies im Allgemeinen nicht tun, muss man in diesem Fall sogar markt-radikalen Thesen zustimmen. Die gegenwärtige Krise scheint dazu zu führen, dass Kohleverstromung im freien, nicht subventionierten Markt das Jahr 2038 nicht mehr erleben wird. Wir haben deshalb die Befürchtung, dass der derzeit nicht of-fenliegende Vertragsentwurf mit RWE dazu führt, dass die Braunkohleverstromung mit diesem Gesetz länger künstlich am Leben erhalten wird, statt ihr Ende rechtzei-tig zu besiegeln. Dafür spricht zumindest die Tatsache, dass in dem Gesetzentwurf "die Kriterien und Rechtsfolgen unzulässiger gezielter nachträglicher Eingriffe in die Braunkohleverstromung geregelt" und "die energiewirtschaftliche Notwendig-keit des Tagebaus Garzweiler" festgeschrieben werden sollen.

Wir fordern Sie, als unsere(n) gewählte(r) VertreterIn im Bundestag deshalb dazu auf, auf eine sofortige Offenlegung der Vertragsentwürfe mit RWE zu drängen und zum Schutz der heutigen, vor allem aber der nachfolgenden Generationen einer rechtlichen Bindung an eine unrentable Technologie nicht zuzustimmen.

Der Strukturwandel in den Kohleregionen Deutschlands und der Ausbau erneuer-barer Energien müssen Hand in Hand gehen. Diesen Ausbau wünschen sich laut einer Umfrage der Agentur für Erneuerbare Energien 93 Prozent der Bevölkerung - und damit wohl auch der Großteil Ihrer Wählerinnen und Wähler. Ein gut organi-sierter Strukturwandel wird sicherlich einen Beitrag dazu leisten, dass die verblie-benen sieben Prozent ihre Vorbehalte gegen den Ausbau erneuerbarer Energien aufgeben können.

Sollten Sie geplant haben, dem jetzt vorliegenden Gesetzesentwurf zuzustimmen, bitten wir Sie, die nachfolgenden Fragen für sich zu beantworten:

1. Ist die Kohleverbrennung bis 2038 energiepolitisch wirklich notwendig, oder überwiegen die umweltschädigenden Wirkungen der Kohleverstromung nicht einen eventuellen kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteil?
2. Wie ist ein exklusiv mit RWE abzuschließender Vertrag zur Kohleförderung in Garzweiler II bis 2038 zu rechtfertigen?
3. Warum soll RWE in Garzweiler II bis 2038 die gleiche Menge Kohle fördern dürfen, die dem Unternehmen vor einigen Jahren noch bis zum Jahr 2045 zu-gesagt wurde?
4. Ist es sinnvoll, die Kohleindustrie weiter zu subventionieren, obwohl bereits jetzt erneuerbare Energien günstiger sind als die Kohleverstromung? Ist es sinnvoll, den notwendigen Strukturwandel in Kohleabbauregionen durch Sub-ventionen zu verzögern statt ihn zu fördern?
5. Warum werden lange Laufzeiten und Entschädigungen in Milliardenhöhe für Kohlekraftwerke vereinbart, die bereits jetzt oder schon in naher Zukunft unprofitabel sind?

6. Ignorieren Sie mit dieser Entscheidung nicht den Willen der Mehrheit der BürgerInnen in Deutschland, denen zu 93 Prozent die Nutzung und der Ausbau Erneuerbarer Energien sehr wichtig sind?

7. Wie rechtfertigen Sie vor unseren Kindern und Enkelkindern die Entscheidung, eine äußerst klimaschädliche Technologie trotz der bekannten Kritik renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler noch weitere 18 Jahre zu betreiben?

Zudem möchten wir hier auch auf das Beispiel des französischen Bürgerrats aufmerksam machen, welcher, bestehend aus 150 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, neun Monate lang über Klimaschutzmaßnahmen beraten und kürzlich seine Vorschläge präsentiert hat. Die Vorschläge zeigen deutlich die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger Zumutungen über sich ergehen zu lassen, die weit über das hinausgehen, was in der Politik bereits beschlossen wurde.

Mut fußt auf Vertrauen. Vertrauen Sie auf den Rückhalt Ihrer Wählerinnen und Wähler und belohnen Sie unser Vertrauen durch mutige Entscheidungen für eine bessere Zukunft. Dafür sind wir bereit Einschnitte in der Gegenwart hinzunehmen.

Wenn Sie dem Entwurf ohnehin ablehnend gegenüberstehen, dann danken wir Ihnen, dass Sie unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft ermöglichen wollen und wünschen Ihnen den Mut und die Überzeugung dies auch weiterhin tun zu können.

Mit hoffnungsvollen Grüßen

PARENTS FOR FUTURE HAFURT

PARENTS FOR FUTURE SCHWEINFURT

PARENTS FOR FUTURE WÜRZBURG

SCIENTISTS FOR FUTURE WÜRZBURG

im Namen aller Eltern, Großeltern, Bürgerinnen und Bürger, die unsere Sorgen teilen

KONTAKT

---

[hassfurt@parentsforfuture.de](mailto:hassfurt@parentsforfuture.de) | [wuerzburg@parentsforfuture.de](mailto:wuerzburg@parentsforfuture.de)  
[s4f-wuerzburg@informatik.uni-wuerzburg.de](mailto:s4f-wuerzburg@informatik.uni-wuerzburg.de)

